Nr. 41. 46. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Dienstag, 23. Januar 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Friedensbotschaft Wilsons an den Senat.

Die Donau bei Tulcea überschritten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordöstlich von Armentières drangen Erkundungsabteilungen bayerischer Regimenter in die feindlichen Gräben und kehrten mit einigen Gefangenen und Maschinengewehren zurück.

Gegen unsere Stellung nordwestlich von Fromelles vorgehende englische Trupps wurden abgewiesen.

Im übrigen behinderte nur zeitweilig nachlassender Dunst die Artillerie- und Fliegertätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Längs der Düna und nordwestlich von Luck steigerte sich vorübergehend das Artilleriefeuer.

Westlich von Dünaburg vertrieb unsere Grabenbesatzung eine russische Streifabteilung, die im Morgengrauen eingedrungen war.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

An einigen Stellen der Waldkarpathen und des Grenzgebirges zur Moldau kam es bei sichtigem Frostwetter zu regeren Artilleriekämpfen.

Bei Vorfeldgefechten nahmen deutsche und österreich-ungarische Truppen dem Gegner zwischen Slanic- und Putna-Tal 100 Gefangene ab und schlugen südlich des Casinu-Tals stärkere feindliche Vorstöße zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

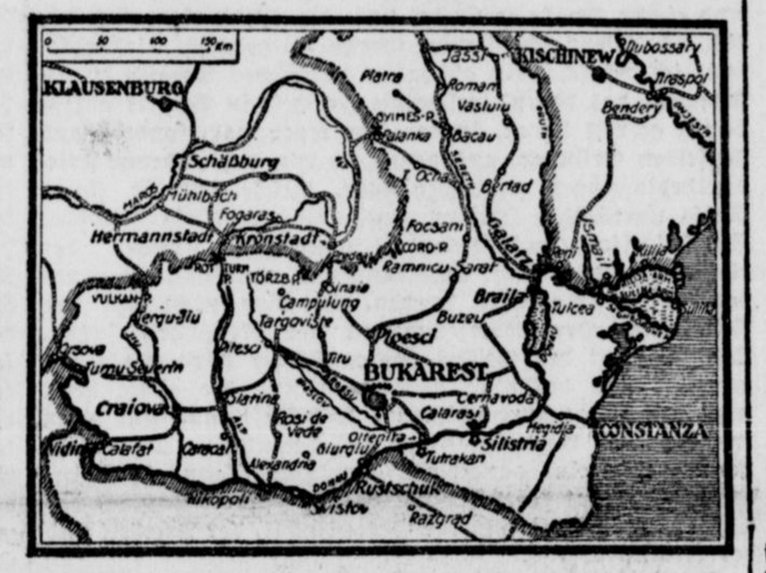
Am unteren Putna-Lauf hatten Vorpostengefechte ein für uns günstiges Ergebnis.

In der Dobrudscha überschritten bulgarische Truppen bei Tulcea den südlichen Mündungsarm der Donau und hielten sein Norduser gegen russischen Angriff.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)



Wilson über die Grundlagen eines dauerhaften Friedens.

Rotterdam, 23. Januar. (Privat.)

Reuter meldet aus Washington: Wilson teilte dem Senat mit, er wünsche mit den Senatsmitgliedern über die auswärtigen Beziehungen zu sprechen. Die Anordnungen hierzu wurden unverzüglich getroffen.

Eine spätere Reutermeldung aus Washington berichtet, daß der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Marschall, dem Senat einen Brief Wilsons aushändigte, worin Wilson sagte, er habe dem Senat wichtige Mitteilungen bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten zu machen, und es sei seine Pflicht, diese Mitteilungen dem Senat persönlich vorzulegen. Der Senat habe beschlossen, Wilsons Rede heute mittag anzuhören. Wilsons Sekretär, Tumulty, äußerte sich dahin, daß sich Wilsons Botschaft an den Senat auf das Verhalten der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Aufrechterhaltung eines dauernden Friedens beziehe. Die Botschaft befindet sich, wie verlautet, bereits in den Händen aller auswärtigen Regierungen. (Die Ueberreichung in Berlin ist heute vormittag erfolgt. Die Redaktion.)

Wien, 22. Januar. (W. T. B.)

Nach einer Mitteilung der hiesigen amerikanischen Botschaft richtete Wilson am heutigen Tage an den Senat der Vereinigten Staaten betreffs der Friedensfrage nachstehende Botschaft:

Mine Herren vom Senat! Am 18. Dezember des vorigen Jahres habe ich an die Regierungen der gegenwärtig kriegführenden Staaten ein gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht wurden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedensschluß für möglich hielten, genauer festzustellen, als dies bis dahin von irgendeiner kriegführenden Gruppe geschehen war. Ich sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen Staaten, wie unser eigener einer ist, deren vitalste Interessen zum großen Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet werden. Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die einfach besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen (acts of reparation) angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher gekommen. Wir befinden uns um so viel näher der Erörterung des internationalen Konzerts, das nachher die Welt zur Beobachtung ihrer Verpflichtungen anhalten muß.

In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgend ein bestimmtes

Einvernehmen der Mächte

(concert of powers) folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgendeine Katastrophe, wie die gegenwärtige, jemals wieder über uns hereinbricht. Jeder Menschenfreund, jeder vernünftige und denkende Mann muß dies als ausgemacht ansehen. Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, gesucht, weil ich es Ihnen, als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rate, schuldig zu sein glaubte, Ihnen rückhaltslos die Gedanken und die Absichten zu enthüllen, welche in meinem Geiste Gestalt angenommen haben bezüglich der Verpflichtung unserer Regierung, in kommenden Tagen, wenn es notwendig sein wird, die Grundmauern des Friedens unter den Völkern nach einem neuen Plane zu legen. Es ist undenkbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten bei diesem großen Unternehmen keine Rolle spielen sollte. Die Teilnahme an solchem Dienste wird die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich schon durch die Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte (approved) Praxis seiner Regierung seit jeher vorzubereiten gesucht hat seit den Tagen, da es eine neue Nation begründete in der hohen und ehrenwerten Hoffnung, daß diese in allem ihren Sein und Tun der Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen möge. Unser Volk kann in Ehren nicht abseits von

Norwegen und der deutsche Handelskrieg.

Von [Nachdruck verboten.]

L. Persius, Kapitän z. S. a. D.

Die am 21. d. M. an dieser Stelle mitgeteilten Betrachtungen des ententefreundlichen norwegischen Blattes „Socialdemokraten" sind in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Wir begrüßen sie vor allem wegen ihrer ruhigen Sachlichkeit, die angenehm von anderen in letzter Zeit in norwegischen Zeitungen veröffentlichten Aeußerungen absticht. Gefühlsregungen nachzugeben, hat heute weniger Berechtigung denn je, und nichts dient dem eigenen Vorteil mehr, als die Dinge realpolitisch anzuschauen. Man hat in Deutschland völliges Verständnis für die überaus schwierige Lage, in der sich Norwegen zurzeit befindet. Wir kennen und würdigen die Sympathie weiter Kreise des norwegischen Volks für England. Aber man verlangt bei uns, und mit Recht, daß unbedingte Neutralität von denen gehalten wird, die sich nicht offen der einen oder der anderen Partei angeschlossen haben. So konnte es nicht wunder nehmen, daß, als die norwegische Regierung am 13. Oktober 1916 eine etwas eigenartige Verordnung über die Bewegung und den Aufenthalt von Unterseebooten in ihren Gewässern erließ, sich in Deutschland eine gewisse Animosität gegen das von uns stets hochgeachtete Volk bemerkbar machte, dem gegenüber, man darf sagen, vielfach außerordentlich freundschaftliche Gefühle in Friedenszeiten geäußert worden waren. Die königliche Verordnung ließ einige Zweifel aufkommen, ob unsere Seestreitkräfte mit dem gleichen Maße gemessen werden sollten wie die unserer Feinde. Erfreulicherweise wurde die Meinungsverschiedenheit mittlerweile beseitigt, und es steht zu hoffen, daß irgendwelche Schwierigkeiten zwischen der norwegischen und der deutschen Regierung nicht mehr auftauchen werden.

Es dürfte, um solche zu verhindern, wesentlich eine so klare, den Grund der Dinge erforschende Sprache beitragen, wie sie nun in „Socialdemokraten" geführt wurde. Das Blatt vertritt die norwegische Sache in der bestmöglichen Form, aber zugleich vertritt es unsere Sache in einer Art, wie sie unseren Interessen als durchaus dienlich bezeichnet werden muß. Für Norwegen gipfelt die Betrachtung des „Socialdemokraten" in der Mahnung, gerecht zu sein, weil hiermit dem eigenen Vorteil am meisten gedient würde. Es heißt: „Können wir erwarten, daß deutsche Unterseeboote ruhig daliegen und zusehen, daß ihre Feinde durch neutrale Schiffe mit dem einen oder anderen versorgt werden, wenn sie das verhindern können? Wir denken, daß es nur eine Antwort auf diese Frage geben kann." — Allerdings — es gibt nur eine Antwort auf diese Frage! Falls jedoch ein Norweger im Zweifel über ihre Beantwortung sein sollte, so möge er den Rat hinnehmen, sich in die Lage Deutschlands zu versetzen! Weiter fragt „Socialdemokraten": „Wie groß oder klein ist die Schuld der norwegischen Reeder, die ihre Schiffe in diese gefährliche Fahrt einstellen, und norwegisches Leben und Eigentum der Gefahr aussetzen?" Und es wird ferner gefragt, wie groß die Schuld der Regierung sei, weil sie nicht hindernd in den Weg trat, als Bannfahrten ausgeführt wurden? Auf die zweite Frage einzugehen, ist nicht unsere Sache. Hinsichtlich der ersten Frage jedoch ist es wohl erlaubt darauf hinzuweisen, daß die Schuld der Reeder in Beziehung zu bringen ist mit ihrem durchaus begreiflichen Wunsch, gute Geschäfte zu machen. Wie weit sich jedoch das Interesse einiger weniger Handelsherren mit dem weiten Volkskreise verträgt, ist eine Angelegenheit, über die man sich in Norwegen klar sein wird. „Socialdemokraten" stellt selbst die Grenze auf, wenn er schreibt: „Englische Behörden zwingen norwegische Schiffe nach Frankreich und Italien zu fahren." — „England," so meldet „Aftenposten", „habe Frankreich neutrale Tonnage zum Kohlentransport versprochen." „Socialdemokraten" fragt: „Welche Tonnage ist dies? Es kann sich nur um norwegische handeln." — Es wird darauf hingewiesen, daß die norwegische Regierung in der Lage sei, die Handelsschiffahrt durch Staatsenteignung der Verfügung der Kriegführenden oder der Vernichtung zu entziehen. Es werden daran Zweifel geknüpft, ob die Regierung sich zu einem solchen Schritt entschließen wird. Diese Zweifel scheinen berechtigt — aus Gründen, die zu untersuchen dazu führen würde, die ein wenig eng geknüpften Interessen der Reeder und der Regierung zu beleuchten, was wiederum, da es sich hier um interne Angelegenheiten handelt, dem Ausländer nicht zukommt.

Immerhin darf wohl ausgesprochen werden, daß die norwegische Kauffahrteischiffahrt im eigenen Interesse handelt, wenn sie auf ihre Konservierung Bedacht nimmt. Der U-Boot-Handelskrieg wird an Intensivität eher zunehmen als abflauen. Das muß auch dem Skeptiker einleuchten. Was dies für die neutrale Schiffahrt besagt, bedarf nicht der Erläuterung. Aber vielleicht legt man sich in Norwegen einmal die Frage vor, ob es unbedingt notwendig ist, der Schiffahrt Verdienst zu sichern, in dem man sie in den Dienst unserer Feinde stellt? Einige Ueberlegung wird dazu führen, daß das keineswegs der Fall ist, daß sich für Schiffe jeder Art und Größe heute ein Betrieb denken läßt, der nahezu mit keiner Gefahr verbunden ist. Wenn sich die Norweger diesem Betrieb, auf den im einzelnen aufmerksam zu machen, nicht vonnöten ist, widmen, werden sie ihren Vorteil am besten wahrnehmen, und sich zugleich als streng neutral — allerdings nur in den Augen der Mittelmächte — die höchste Anerkennung sichern.

* * *

Kristiania, 23. Januar. (W. T. B.)

Das Proviantierungsdepartement hat eine Preisregulierung für Kohlen und Koks sowie die sofortige Feststellung von Höchstpreisen hierfür beschlossen.

„Aftenposten" zufolge ergab die vom Verein privater Kohlenimporteure vorgenommene Zählung in den hiesigen Lagern seiner Mitglieder, daß insgesamt nur 5000 Tonnen Kohlen und knapp 4000 Tonnen Koks vorhanden sind, was dem Staatsminister und dem Proviantierungsminister heute mitgeteilt wurde. Außerdem fragte der Verein bereits am 13. Januar bei der städtischen Proviantierungskommission an, ob die staatlichen Reservelager der städtischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnten. Außerdem fragte der Verein bei der Gaswerksdirektion an, ob sie zu Unterhandlungen betreffend Maßnahmen zur Verminderung der Schwierigkeiten bereit sei.